

Bereich Wohnen

6. Einbruchsdelikte stellen quantitativ einen Großteil der Delikte in Hessen dar und sind eine immense Belastung für die Menschen. Sind im Bereich der Sicherheit und des Einbruchschutzes Änderungen in der Bauordnung geplant, so dass vergleichbar zum Brandschutz Sicherheitsstandards schon beim Neubau als Minimum definiert werden?

CDU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP	Die Linke
<p>Die CDU Hessen unterstützt Bemühungen auf Bundesebene, über Öffentlichkeitskampagnen oder Förderprogramme der KfW die Eigentümer und Mieter mit Blick auf den Schutz vor Wohnungs- und Hauseinbrüchen zu sensibilisieren und entsprechende Einzelprojekte zur Einbruchssicherung im Bestand umzusetzen. Mit Erfolg: In Hessen konnte dank der Arbeit der hessischen Polizei seit 2003 nicht nur ein Fallrückgang um 25,25 Prozentpunkte, sondern zugleich auch eine Steigerung der Aufklärungsquote um 8 Prozentpunkte erreicht werden. Das bedeutet, dass in Hessen jährlich fast 3.000 Wohnungseinbrüche weniger stattfinden als noch vor 15 Jahren und von den verbleibenden Einbrüchen deutlich mehr aufgeklärt werden.</p> <p>Mit Blick auf Neubauprojekte besteht aus unserer Sicht bereits bei den Projektierern und Erwerbenden ein ausreichend hohes Eigeninteresse, ein hohes Schutzniveau vorzusehen. Eine</p>	<p>Um die Menschen auch vor Alltagskriminalität, wie Diebstahl und Wohnungseinbrüche besser zu schützen und Straftäter abzuschrecken, setzen wir uns für mehr Polizei im öffentlichen Raum ein. Die Polizei soll wieder Ansprechpartnerin aller Menschen in Hessen sein. Um speziell den Wohnungseinbruch zu bekämpfen, werden wir die Beratungsangebote der Hessischen Polizei ausweiten. Wir unterstützen die Kommunen bei der Initiative „Wachsamer Nachbar“. Wir wollen in allen hessischen Polizeistationen das Personal zur Verfügung stellen, um rund um die Uhr eine zusätzliche Streife besetzen zu können.</p>	<p>Grundsätzlich sind wir dafür, dass Standards und entsprechende Maßnahmen für mehr Sicherheit vor Einbrüchen auch präventiv bereits beim Bau von Gebäuden und Wohnungen getroffen werden sollten. Dabei sollten diese Maßnahmen jedoch nicht dazu führen, dass die höheren Kosten dafür über eine Mieterhöhung auf die Mieter umgelegt wird und so Wohnraum noch teurer wird.</p> <p>Darüber hinaus freuen wir uns, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche 2017 laut aktueller Kriminalstatistik um gut ein Fünftel (20,4 Prozent) auf den niedrigsten Stand seit neun Jahren gesunken ist. Knapp die Hälfte aller Einbruchversuche blieb im Versuch stecken. Kostenlose Beratungen für Bürgerinnen und Bürger durch die Polizei verhindern Einbrüche, und dank der Prognosesoftware ‚KLB-operativ‘ des Landes, die Einbruchsmuster erkennt, kommt die Polizei den Banden immer öfter auf die Schliche, bevor sie über alle Berge sind. Wir werden</p>	<p>Die Einbruchskriminalität ist ein Bereich, der dringend effektiver und nachhaltiger bekämpft werden muss. Deswegen fordern wir neben einem Ausbau der speziellen Ermittlungsgruppen, die Kriminalprävention weiter auszubauen. Hier müssen noch mehr Anstrengungen unternommen werden, um die Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren. Finanzielle Anreize für Eigentümerinnen und Eigentümer, damit diese ihre Wohnungen und Häuser sicherheitsrelevant nachrüsten, können – soweit sie im Rahmen der haushalterischen Verhältnismäßigkeit bleiben – hilfreich sein. Ob auch eine Änderung der Bauordnung in diesem Zuge sinnvoll wäre, sollte geprüft werden. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kriminalitätsbekämpfung eine staatliche Kernaufgabe ist, der sich der Staat nicht entziehen darf, indem er seine Verantwortung auf die Bürgerinnen und Bürger überträgt.</p>	<p>Die Aufnahme eines solchen Einbruchschutzes um Sicherheitsstandards bereits beim Neubau zu berücksichtigen ist sicherlich ein möglicher Ansatz um die Zahl der Einbruchsdelikte weiter zu senken. Festzustellen ist aber auch, dass bereits aktuell die Zahl der Einbruchversuche zurückgehen und oftmals im Versuchsstadium enden. Dies ist auch auf verbesserte Sicherheitsbedingungen bei Wohnungseigentümern und Mietern zurückzuführen. Eine wichtige Rolle spielt hierbei aber auch die wichtigen Präventionsmaßnahmen durch die Polizei und den Angeboten des Verbraucherschutzes zum Einbruchschutz.</p>

Verband Wohneigentum Hessen e.V. – Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 28.10.2018

<p>generelle Verpflichtung ist aus unserer Sicht insbesondere hinsichtlich möglicher Baukostensteigerungen sowie bereits bestehender, umfangreicher Anforderungen im Bereich (z. B. EnEV) nicht zweckmäßig.</p>		<p>kontinuierlich weiter daran arbeiten, die Zahl der Delikte zu senken, denn jeder Einbruch verursacht – neben dem materiellen Schaden – auch eine psychische Belastung für die Opfer.</p>		
---	--	---	--	--